

2. Tagung des 8. Landesparteitages

CCe Kulturhaus, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna



Antragsheft 2

20. und 21. November 2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bericht des Landesvorstandes	3 - 8
Tätigkeitsbericht des Landesausschusses 2019 - 2021	9 - 11
Tätigkeitsbericht der Landesschiedskommission	12 - 13
<u>Änderungsanträge zum Leitantrag</u>	
- Änderungsanträge 1.1. bis 1.10. – LAG Bewegungslinke	14 - 16
- Änderungsantrag 2 – Landesvorstand	17 - 19
- Änderungsanträge 3.1. bis 3.8. – Klaus-Peter Schuckies	20
Kandidaturen und Vorstellungen Bewerber:innen (Stand: 9. November 2021)	ab 21

Bericht des Landesvorstandes

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand wurde auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. Juni 2019 in einer Stärke von 18 Mitgliedern gewählt. Er kam im Berichtszeitraum zu insgesamt 31 Beratungen zusammen. Davon fanden 18 Sitzungen in Präsenz, 2 als Telefonkonferenz und 11 als Videokonferenz statt.

Der Landesvorstand konstituierte sich in seiner Sitzung am 22. Juni 2019 und beschloss die Geschäftsordnung. Weiterhin wurde entsprechend der Landesatzung des Landesverbandes §31 beschlossen, die Funktionen der Landesgeschäftsführerin und des Landesschatzmeisters hauptamtlich zu besetzen.

Der Landesvorstand legte regionale und inhaltliche Verantwortlichkeiten sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner fest.

Politisch-konzeptionelle Arbeit

Der Landesvorstand befasste sich ausführlich mit inhaltlichen Fragen und unterstützte landesweite Kampagnen. Auch auf Landesebene ist es eine permanente Herausforderung, die aktuelle parlamentarische Arbeit gemeinsam mit den Gliederungen und Gremien der Partei zu reflektieren.

Um dies zu erreichen war die Information über Diskussionen und Entscheidungen in der Fraktion von Landtag und Bundestag ständiger Tagesordnungspunkt der Sitzungen des Landesvorstandes. Er misst diesem Austausch eine hohe Priorität bei, um seiner Aufgabe als politisches Führungsgremium gerecht zu werden.

Der Landesvorstand verständigte sich u.a. zu folgenden Themen:

- „Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“
- Zukunftsgestaltung Ostdeutschland
- Unterstützung der *#unteilbar*-Demonstration
- Unterstützung der Klimabewegung „*FridayforFuture*“
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Unterstützung der Veranstaltung zum Thema „*30 Jahre friedliche Revolution*“
- Parlamentsreform
- Unterstützung des Volksbegehrens zum Thema „*Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!*“
- aktive Unterstützung zum Streik der AMEOS Beschäftigten durch den Landesvorstand
- Unterstützung der Ostermärsche / Eine Aktion der Bürgerinitiative „*OFFENE HEiDe*“

- Gesundheit für alle - „Patientenwohl statt Profite: Das Geschäft mit der Gesundheit beenden“ - Beschluss
- Friedenspolitik
- Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt
- Auseinandersetzung mit Tönnies Weißenfels
- Solidarität mit Gewerkschaften in Bezug auf den öffentlichen Nahverkehr
- Verständigung zu den Themen: „*Tag der Arbeit, Tag der Pflege*“
- Verständigung zum Lock-Down im Zusammenhang mit der Corona-Krise
- Unterstützung der Aktionen des DGB
- Verständigung zur Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft im Landesverband: „LAG Bewegungslinke Sachsen-Anhalt“

Der Landesvorstand hat bereits bestehende Aktivitäten der Kampagnen- und Bündnisarbeit fortgesetzt und neue Aktionen im Land unterstützt. Das betrifft zum Beispiel das Volksbegehren für mehr Lehrer in Sachsen-Anhalt.

Selbstverständlich spielten auch friedenspolitische Positionen unserer Partei eine wichtige Rolle.

Der Landesvorstand unterstützte die Ostermärsche in Sachsen-Anhalt und die Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“ in dieser Wahlperiode. Ideell und finanziell unterstützte der Landesvorstand auch wieder die jedes Jahr in Dessau stattfindende Veranstaltung „Lieder gegen das Vergessen“.

Landtagswahl

Im November 2019 berief der Landesvorstand die Redaktionskommission zur Erarbeitung eines Wahlprogrammes. Der Landesvorstand beschloss für die strategische und operative Vorbereitung der Landtagswahl 2021 im März 2020 eine Wahlkampfstruktur. Diese beinhaltete die Kommission Strategie und Wahlen, das Landeswahlplenum und das operative Wahlbüro.

Die Kommission Strategie und Wahlen hatte die Aufgabe, die Wahl strategisch vorzubereiten und zu begleiten.

Das Landeswahlplenum mit den Stadt- und Kreisverbänden hat sich in den letzten Jahren bewährt, weil es damit gelungen ist, sie frühzeitig in die Planung der Wahlkampagne und ihre Umsetzung einzubeziehen. Damit sollten ihre Erfahrungen, Belange und Interessen besser berücksichtigt werden.

Das operative Wahlbüro koordinierte die Organisation und Umsetzung der Wahlkampagne.

Die Erarbeitung der Printmaterialien zur Landtagswahl wurde aus der Landesgeschäftsstelle heraus koordiniert. Die Wahlzeitung und die Inhalte der Folder wurden in den Kreisen erarbeitet. Das war für alle mit einem sehr hohen Aufwand verbunden, die gute Qualität der Wahlzeitung, die gestaltet wurde, hat aber diesen Aufwand gerechtfertigt. Im Gegensatz zur Kommunalwahl wurde noch intensiver das Augenmerk auf Einhaltung der von uns selbst

vorgegebenen Terminalschieben für die Produktion der Wahlkampfmaterialien gelegt. Dank der Disziplin der Stadt- und Kreisverbände konnte dies erfolgreich umgesetzt werden.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt erhielt 12,8 Prozent der Erststimmen und 11 Prozent der Zweitstimmen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2016, ein Verlust bei den Erststimmen von 5,9 Prozent und bei den Zweitstimmen von 5,3 Prozent. Die Anzahl der Mandate der Landtagsfraktion verringerte sich auf 12 Mandate.

Bundestagswahl

In der zurückliegenden Wahlperiode des Landesvorstandes fand die Bundestagswahl am 26. September 2021 statt. Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung erfolgte über das Landeswahlbüro. Neben der klassischen Kampagne mit Plakaten, Print und Web gab es in den Kreisen diverse Wahlkampfveranstaltungen der Direktkandidatinnen und Direktkandidaten und eine Trucktour der Bundesebene auch in Sachsen-Anhalt. Die Veranstaltungen in Bitterfeld, Köthen und Halle waren durchaus gut besucht und erfolgreich.

Der Landesvorstand befasste sich mit dem Wahlergebnis der Bundestagswahl 2021. DIE LINKE erreichte nur 4,9 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Von ehemals vier Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt, sind für DIE LINKE Petra Sitte und Jan Korte wieder in den Bundestag eingezogen.

Das Landesergebnis in Sachsen-Anhalt mit 7,9 Prozent der Erststimmen und 9,6 Prozent der Zweitstimmen wurde im Landesvorstand und auf den Regionalkonferenzen diskutiert und ausgewertet. Im Hinblick auf Sachsen-Anhalt wird deutlich, dass es einen flächendeckenden Verlust der Stimmen zu 2016 gegeben hat.

Auch wenn die Ursachen dieses Wahlergebnisses vielfältig sind, ist die Niederlage bei der Bundestagswahl auch Ergebnis öffentlich geführter innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre. Mit Blick in die Zukunft, wird auch dem Landesverband ein sehr hohes Maß an Geschlossenheit abverlangt werden.

Die Landeswahlkampfleiterin Sabine Krems-Jany und der Wahlkampfleiter Achim Bittrich informierten den Landesvorstand regelmäßig über die Vorbereitungen und Aktivitäten im Landtags- und Bundestagswahlkampf.

Ein großes Dankeschön geht an die vielen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die im Wahlkampf aktiv waren, Material verteilt, Plakate gehängt und viele Veranstaltungen organisiert haben. Auch unseren Kandidatinnen und Kandidaten möchten wir für ihr Engagement und kreativen Wahlkampf unter Pandemiebedingungen danken. Bitte bleibt der Politik erhalten und diskutiert mit uns genauso engagiert, wie vor der Wahl. Wir brauchen euch alle!

Landesparteitage/Vertreter:innenversammlungen

Fristgemäß berief der Landesvorstand in der vergangenen Wahlperiode zwei Landesparteitage ein und verabschiedete die dafür notwendigen Beschlüsse (Delegiertenschlüssel, Einberufung, Vorschläge für die Geschäftsordnung und die Besetzung der Arbeitsgremien)

Bereits in der konstituierenden Sitzung fand eine ausführliche Verständigung zur Auswertung der 1. Tagung des 7. Landesparteitages am 20. Juni 2019 in Burg statt, in welcher viele Anregungen für künftige Landesparteitage zusammengetragen wurden.

Am 11. Juli 2020 fasste der Landesvorstand den Einberufungsbeschluss für die 2. Tagung des 7. Landesparteitages für den 11. Oktober 2020 in Plötzky. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Landtagswahl 2021, Beschlüsse zu Satzungsänderungen und die Nachwahl von Mitgliedern der Landesschiedskommission.

Der Landesvorstand beschloss am 2. November 2020 die Einberufung der Vertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl für den 30. und 31. Januar 2021 in Plötzky. Coronabedingt fand diese Vertreter:innenversammlung nur eintägig am 30. Januar 2021 statt.

In seiner Beratung am 19. Januar 2021 fasste der Landesvorstand den Einberufungsbeschluss für die 1. Tagung des 8. Landesparteitages für den 19. März 2021 in Leuna. Schwerpunkte des Parteitages waren unter anderem die Vorbereitung des Wahlkampfes für die Landtagswahl 2021 und die Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes.

Die Vertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Bewerber:innen der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 wurde durch den Landesvorstand für den 20. März 2021 einberufen. Aufgabe der Vertreter:innenversammlung war die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Die Einberufung der 2. Tagung des 8. Landesparteitages für den 20. und 21. November 2021 in Leuna wurde am 13. September 2021 beschlossen. Zielsetzung ist die Neuwahl des Landesvorstandes und aller weiteren Gremien.

Der Landesvorstand bedankt sich sehr herzlich bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern auf unseren Landesparteitagen und Vertreter:innenversammlungen. Ihre Unterstützung war und ist ganz wichtig für das Gelingen dieser und vieler anderer Veranstaltungen und Konferenzen.

Struktur und Finanzen

Im Oktober 2018 wurde eine Krankheitsvertretung für die Region Anhalt befristet eingestellt. Im September erfolgte daraus eine unbefristete Anstellung. Nach der Wiedereingliederung einer langzeiterkrankten Mitarbeiterin, übernahm diese die Region Südliches Sachsen-Anhalt. Dies wurde möglich, weil die bis dato zuständige Regionalmitarbeiterin auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages als Landesgeschäftsführerin gewählt wurde.

Aufgrund eines vereinbarten Rückkehrrechtes kehrte im November 2021 eine Mitarbeiterin in den Dienst der Landesgeschäftsstelle zurück. Diese Rückkehr hat finanzielle Auswirkungen auf den Landesverband.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle ist für ihre hervorragende Arbeit zu danken, die sie trotz Mehrbelastung und Umverteilung der Aufgaben geleistet haben.

In den Kreisverbänden und im Landesvorstand wurde in beiden zurückliegenden Jahren eine solide Finanzarbeit geleistet. Trotz zurückgehender Mitgliederzahlen und damit verbundenen Rückgängen bei den Einnahmen befand sich der Landesverband in einer stabilen finanziellen Situation. Mit den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahl hat sich die finanzielle Lage des Landesverbandes deutlich verschlechtert. Es bedarf einer gemeinsamen solidarischen Anstrengung von Land und den Stadt- und Kreisverbänden, um die Situation mittelfristig wieder zu stabilisieren.

Einen detaillierten Überblick zu den Finanzen des Landesverbandes wird es mit dem schon traditionellen Bericht des Landesschatzmeisters an den Parteitag geben.

Die Arbeit mit und im Landesfinanzrat war konstruktiv und zielorientiert. Finanzbeschlüsse wurden gut vorbereitet und von allen Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeistern unterstützt und mit umgesetzt. Es wurde gemeinsam erreicht, dass notwendige Unterlagen zur Bearbeitung pünktlich vorlagen, damit die Buchhaltung als Dienstleister für die Kreisverbände erledigt werden konnte.

Der Landesverband hat auch in den vergangenen beiden Jahren die Arbeit des parteinahen Jugendverbandes finanziell unterstützt. Der Landesvorstand misst dem Jugendverband eine wichtige Rolle in der politischen Arbeit der Partei und bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu. Daher ist dem Landesvorstand daran gelegen, den Jugendverband auch weiterhin zu unterstützen und erhofft sich eine engere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugendverband.

Entsprechend der Landessatzung § 21 Abs. 1c wurden 2 Mitglieder mit beschließender Stimme aus dem Landesvorstand für den Landesausschuss 2020/2021 gewählt. Die bisherigen Mitglieder im Landesausschuss, Monika Hohmann und Frank Hoffmann, erklärten ihre erneute Kandidatur für die Wahlperiode 2020/2021 und wurden in geheimer Wahl einstimmig gewählt.

Weitere Aktivitäten

Konsequent positionierte sich der Landesvorstand auch in der vergangenen Wahlperiode gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Rassismus. Er unterstützte in diesem Zusammenhang zahlreiche Protestaktionen und Demonstrationen. Viele Mitglieder des Landesvorstandes waren dabei unterstützend vor Ort dabei.

Im Rahmen des Jubiläums 30 Jahre Landesverband, wurde eine Veranstaltung zur Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Weiter wurde auf Initiative von Roland Claus und den Genossinnen und Genossen vor Ort, eine Gedenktafel in Dessau angebracht.

Der Landesverband lud im Oktober 2019 zum Mitgliedertreffen „Meeteinander“ nach Magdeburg ein. Aufgrund der Pandemie wurde das Mitgliedertreffen im Folgejahr ausgesetzt.

Die Veranstaltung soll aber weiter ein fester Bestandteil des Landesverbandes im Rahmen der Mitgliederarbeit sein.

Im November 2021 fanden 3 Regionalkonferenzen des Landesverbandes statt. Aufgrund der Corona-Lage wurden diese Regionalkonferenzen in Präsenz und in digitaler Form durchgeführt. Ziel der Beratungen war die Auswertung der Landtags- und Bundestagswahl 2021 sowie die Vorbereitung dieses Landesparteitages.

Tätigkeitsbericht des Landesausschusses 2019 – 2021

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Im 2. Halbjahr 2019 waren noch die Landesausschussmitglieder tätig, die für die beiden Jahre 2018 und 2019 gewählt waren. Wir trafen uns in dieser Zusammensetzung am 20. September 2019 zum letzten Mal und verständigten uns zum Papier „Ein Angebot für einen Sozialstaatsdialog in Sachsen-Anhalt“. An dieser Beratung nahm u. a. der damals neu gewählte Landesvorsitzende, Stefan Gebhardt, teil. In den Gesprächen mit der SPD und Bündnis90/Die Grünen sollte es unserer Meinung nach besonders um den ÖPNV, die Rentenpolitik, die Krankenhäuser und die Pflege sowie die Bedeutung der Gewerkschaften gehen. In dieser Sitzung sprachen wir außerdem über die ersten Wochen nach der Kommunalwahl und über die gebildeten neuen Fraktionen. Des Weiteren bestätigten wir in geschlossener Sitzung einstimmig die Höhe der Vergütung der Landesgeschäftsführerin und des Landesschatzmeisters.

37 Mitglieder wurden für den Landesausschuss 2020 bis 2021 in den Kreis- und Stadtverbänden sowie in den landesweiten Zusammenschlüssen, dem Jugendverband und dem Landesvorstand gewählt. Der Kreisverband Burgenlandkreis hat kein weibliches Mitglied gewählt. Von den gewählten sechs Mitgliedern der Zusammenschlüsse ist 2020 ein Mitglied aus der Partei ausgetreten. Damit sind wir derzeit 36 Landesausschussmitglieder und 21 Ersatzmitglieder. Außerdem sind zwei Mitglieder der Landtagsfraktion und ein Mitglied der Bundestagsfraktion mit beratender Stimme im Landesausschuss.

Dieser Landesausschuss traf sich 2020 zu zwei Präsenzsitzungen und einer gemeinsamen Beratung mit dem Landesvorstand sowie den Kreis- und Stadtvorsitzenden.

Zur konstituierenden Sitzung am 22. Februar 2020 waren erst 35 der 38 möglichen Mitglieder gewählt. Wir beschlossen die Geschäftsordnung und wählten wiederholt Marion Krischok aus dem Stadtverband Halle (Saale) als Vorsitzende und Michael Körtge aus dem Harzkreis als Stellvertreter. Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung der Landtagswahl. Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Guido Henke und Stefan Gebhardt sowie dem Landeswahlkampfleiter Achim Bittrich verständigten wir uns zu den inhaltlichen und strategischen Schwerpunkten. In der Diskussion sprachen wir besonders zu sozialer Gerechtigkeit und zur Kinder- und Altersarmut. Wir wollen die gesamte Breite der Bevölkerung ansprechen und den Strukturwandel mitgestalten. In dieser Sitzung beschlossen wir nach einem kurzen Austausch einstimmig den Finanzplan 2020. Ebenso berieten wir über die weitere Arbeitsweise des Landesausschusses.

In der gemeinsamen Sitzung am 11. Juli 2020 ging es um die Wahlstrategie zur Landtagswahl und die Spitzenkandidatur.

Am 18. September 2020 verständigten wir uns zur weiteren Vorbereitung der Landtagswahl in den Kreis- und Stadtverbänden sowie auf Landesebene. Wie vor jedem Landesparteitag beschäftigten wir uns zu den vorliegenden Anträgen. Dieses Mal hatten wir bereits im Umlaufverfahren einen Änderungsantrag zur Landessatzung bzgl. der Landesausschusstätigkeit eingebracht, der auf dem Parteitag auch beschlossen wurde. Außerdem formulierten wir Änderungsanträge zum vorliegenden Leitantrag. Ein wichtiger Punkt war der Beschluss des Landesvorstandes zu den künftigen Bundesparteitagsdelegierten. Wir stimmten dem mehrheitlich zu. Auf dieser Sitzung nahmen wir außerdem den Rechenschaftsbericht 2019 zur Kenntnis. Vom Landesschatzmeister erhielten wir einen Überblick über die aktuellen Finanzen. Zum Volksbegehren „Den Mangel beenden – unseren Kindern Zukunft geben!“ berichteten die meisten Landesausschussmitglieder von der Unterschriftensammlung und weiteren Aktivitäten vor Ort.

Am 16. Januar 2021 berieten wir online gemeinsam mit dem Landesvorstand sowie den Stadt- und Kreisvorsitzenden zur Landesliste zur Landtagswahl.

Am 9. Juli 2021 tauschten wir unsere Erfahrungen aus der Landtagswahl aus. Neben dem für uns alle enttäuschendem Ergebnis fanden wir aber auch Gelungenes: Veranstaltungen vor Ort mit prominenten Personen unserer Partei, Verteilen von Tüten mit Info-Material und Kleinwerbmitteln, das Auftreten der Direktkandidierenden, die erstellten Videos, die Unterstützung durch andere Landesverbände und Kreise, das Verteilen der Wahlzeitungen und Flyer, Gespräche überm Gartenzaun und an der Haustür, ein Fahrradkorsor zu Unternehmen der Daseinsvorsorge am 1. Mai, Info-Stände, die jedoch erst sehr spät möglich waren und unterschiedliche Reaktionen der Bevölkerung erlebbar machten, das Kurzwahlprogramm sowie das Setzen unserer Themen. Nicht zufriedenstellend waren für uns: das sehr spät bereitgestellte Kurzwahlprogramm, die zu wenigen Personenpostkarten, dass z. T. Material in den Kreisen selbst noch erstellt werden musste, z. B. zur Briefwahl, das Einbinden der Basis bei der Wahlprogrammerstellung, die Einbeziehung des Jugendverbandes in Gänze und uns fehlte eine sachlich wertschätzende Diskussion innerhalb unserer Partei. Unterschiedliche Meinungen gab es zum „Wessi-Plakat“ und zur starken Fixierung auf die Spitzenkandidatin. Reserven sind für uns: Wir müssen deutlicher zeigen, wofür wir stehen. Wir müssen mehr auf die Bürger*innen zugehen und erlebbarer werden. Wir müssen untereinander mehr und besser kommunizieren. Wir müssen den Personen- mit einem inhaltlichen Wahlkampf verknüpfen und das Thema „Osten“ mehr beachten. In dieser Diskussion hatten wir auch die bevorstehende Bundestagswahl im Blick. Schließlich nahmen wir den Rechenschaftsbericht 2020 zur Kenntnis. In der Beratung über den Finanzplan 2021 ging es besonders um die notwendige Beitragserhöhung. Durch eine ehrliche Beitragszahlung aller Mitglieder auf Grundlage der gültigen Beitragstabelle muss das möglich sein. Außerdem sollten wir vielfältige Formate nutzen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Einstimmig beschlossen wir den vorgelegten Finanzplan 2021.

Am 23. Oktober 2021 ging es um erste Schlussfolgerungen aus den für uns alle nicht zufriedenstellenden Ergebnissen der diesjährigen Wahlen. Wir waren uns einig, dass wir für die Menschen da sein und ihnen zuhören wollen und müssen. In unserem kommunalpolitischen Wirken sollten wir vor Ort sein und die Ideen der Bürger:innen aufnehmen. Wir müssen wieder als Kümmererpartei auftreten und wahrgenommen werden. Mit Leidenschaft gilt es, unsere Politikansätze zu erklären und zu vertreten. Dabei sollten wir uns auf unsere Schwerpunkte fokussieren. Die Verbindung zu den nach den Wahlen

eingetretenen Mitgliedern müssen wir schnell aufnehmen. Die Möglichkeiten der älteren Genoss*innen sind genauso wertvoll wie die neuen Formate, die besonders durch unsere jungen Mitglieder genutzt werden. Flächendeckend müssen wir weiterhin im gesamten Land präsent sein. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Verständigung zu dem bevorstehenden Landesparteitag. Wir berieten sowohl über den Leitantrag als auch über die vielfältigen weiteren Anträge. Wir tauschten unsere unterschiedlichen Vorstellungen von einem Leitantrag aus. Jedoch waren wir uns einig, dass dieser in verständlicher Sprache formuliert werden muss. Außerdem kann es zur jetzigen Zeit nur eine erste Analyse der Wahlen geben, an der weiter gearbeitet werden muss. In einem letzten Punkt verständigten wir uns zu der gelungenen Wahl der Oberbürgermeisterin in Bernburg sowie zu konkreten Aktionen der kommenden Wochen in den Kreisen.

Zu allen Sitzungen des Landesausschusses waren wir beschlussfähig. Ständiger Tagesordnungspunkt war der Austausch zu Interessantem aus den Kreis- und Stadtverbänden, den Zusammenschlüssen, dem Landesvorstand sowie der Landtagsfraktion.

Bedanken möchten wir uns bei den beratenden Mitgliedern des Landesausschusses für ihre Hinweise und Ideen. Wir bedanken uns außerdem für die intensive Unterstützung bei dem Landesvorsitzenden und dem Landesschatzmeister sowie den Mitarbeiterinnen der Landesgeschäftsstelle.

Tätigkeitsbericht der Landesschiedskommission

an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Die Landesschiedskommission musste im Berichtszeitraum in einem Fall tätig werden. Es handelte sich um einen Antrag des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle hinsichtlich des Beschlusses des Landesvorstandes zur Festlegung der Delegiertenwahlkreise für die Wahl der BPT-Delegierten. Der Stadtverband DIE LINKE. Halle hielt diesen Beschluss für nicht satzungskonform und beantragte eine neue Entscheidung des Landesvorstandes zur Festlegung der Delegiertenwahlkreise.

Im Ergebnis des Schiedsverfahrens einigten sich die Parteien in einem Vergleich darauf, dass der Landesvorstand eine Satzungsänderung erarbeitet, die alle Mitglieder des Landesverbandes gleichermaßen bei der Aufstellung der Delegierten des Bundesparteitages berücksichtigt. Diese sollte sodann dem Landesparteitag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Dieser Vereinbarung kam der Landesvorstand im Jahr 2020 nach und brachte einen entsprechenden Satzungsänderungsantrag ein.

„Die Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Partei DIE LINKE wird wie folgt geändert:

In § 14 Absatz 2 ist einzufügen

g) die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag,

Die Auflistung der folgenden Punkte verschiebt sich zu h) und i).

Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landesausschuss ein transparentes und effizientes Verfahren für die Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Aufgrund der stark unterschiedlichen Mitgliederzahlen in den Stadt- und Kreisverbänden und infolge der sinkenden Anzahl der Delegierten des Landesverbandes ist eine ausgewogene Vertretung der Mitgliedschaft in den Stadt- und Kreisverbänden durch eine Wahl in Delegiertenwahlkreisen, die aus zwei oder mehr territorial verbundenen Stadt- und Kreisverbänden bestehen, nahezu nicht möglich. Auf dem Landesparteitag sind alle Stadt- und Kreisverbände ausgewogen vertreten. Der Landesausschuss als Vertretung der Stadt- und Kreisverbände soll in ein zu erarbeitendes Verfahren für diese Wahl einbezogen werden.

Ferner sollte in der Bundessatzung der § 16 Absatz 2 insofern geändert werden, dass eine Wahl von Delegierten vor dem 1. Oktober ermöglicht wird. Das ist ohnehin auf der Agenda der Satzungskommission der Bundespartei.“

Dieser Antrag fand nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit.

Die Landesschiedskommission empfiehlt dem neu gewählten Landesvorstand, diese Diskussion im Rahmen einer kommenden Satzungsdebatte erneut aufzurufen. Aufgrund der Mitgliederentwicklung ist ansonsten mit einer wiederholten Auseinandersetzung zu dieser Problematik zu rechnen.

Nach Einschätzung der Kommission ist dem Landesvorstand weiterhin die Einsetzung einer Schlichtungskommission zu empfehlen. Hier können frühzeitig Konflikte so gelöst werden, dass ein gemeinsames politisches Arbeiten auch in Zukunft möglich ist.

Änderungsanträge 1.1. bis 1.10. zum Leitantrag

Antragsteller:in: LAG Bewegungslinke, 12. Oktober 2021

Änderungsanträge Leitantrag – Bezug/Zeilennummern: Leitantrag Version_8_10_2021

ÄA 1.1.: Zeile 29-31 ersetzen durch:

„Die Ursachen der Niederlagen bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl sind nicht identisch, auch wenn manche Ähnlichkeiten existieren. Als Landesverband sind wir besonders dazu verpflichtet, die Landtagswahl auszuwerten und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Begründung: In dem Entwurf des Leitantrages wird keine wirkliche Analyse der Niederlage bei der Bundestagswahl geleistet. Die Behauptung, beide Niederlagen hätten im Grunde dieselben Ursachen verkennt spezifische Herausforderungen, vor denen wir als Landesverband stehen und mit denen wir bei der Landtagswahl konfrontiert waren. Wir sollten uns daher auf die Auswertung der Landtagswahl konzentrieren.

ÄA 1.2.: Zeile 34-66 streichen.

Begründung:

Der holzschnittartige Analyseversuch in Stichpunkten führt zu mehr Irritation als Klarheit. Es wird nicht klar, was für zwei „konträre Richtungen“ in der Fraktion gemeint sind. Die daran anschließend angeführten Beispiele wirken assoziativ, deren vermeintliche Richtigkeit beruht rein auf Behauptung. Formulierungen wie „überbordende Ausgaben-Versprechen“ haben einen neoliberalen Zungenschlag und verkennen, dass die Finanzierungsgrundlage für diese Forderungen durchgerechnet war. Es erschließt sich außerdem nicht, warum der Punkt „Der Neustart mit beiden Parteivorsitzenden hatte nur Umfrage-Kurzzeit-Effekt“ unter „Innerparteiliche Konflikte“ aufgelistet ist.

Richtig in diesem Abschnitt ist, dass der Konflikt um und mit Sahra Wagenknecht der Partei geschadet hat. Auch die Punkte der äußeren Faktoren besitzen eine gewisse Plausibilität. Aus beidem ergibt sich aber keine angemessene Analyse, die in einem Leitantrag abgestimmt werden sollte.

ÄA 1.3.: Zeile 74-76 ersetzen durch: „Das Ziel 20 + X und zweitstärkste Partei zu werden, haben wir deutlich verfehlt.“

Begründung: Das erscheint nicht so, wie es aktuell im Antrag steht, sondern wir haben das vom Landesvorsitzenden ausgerufene Ziel mit 11 Prozent krachend verfehlt.

ÄA 1.4.: Zeile 171-174, 191-193 streichen.

Begründung: Es erschließt sich nicht, warum der Aspekt einer bewegungsorientierten Parteiarbeit im Abschnitt „Der Bundestrend gab keinen Rückenwind“ kritisiert wird. Wir praktizieren im Landesverband solch ein Konzept nicht. In Zeile 168-169 wird davor gewarnt, die Parlamentsfixierung als zentrale Fehlerursache zu benennen. Auch das wirkt hier merkwürdig eingeschoben, um sich vor Diskussionen um verschiedene Modelle der Parteiarbeit zu drücken. Es bleibt auch unklar, wer diese Kritik übt, also gegen wen wird hier eigentlich im Leitantrag geschrieben? Es sollte stattdessen in erster Linie um eine Analyse gehen, an deren Ende Konsequenzen abgeleitet werden.

ÄA 1.5.: Zeile 260-266 ersetzen durch:

Als Landesverband haben wir insbesondere mit der Verteidigung ostdeutscher „Identitäten“ und „Leistungen“ ab Mitte der 1990er bis 2011 hohe Wahlergebnisse eingefahren. Den Rückhalt bei unseren einstigen Stammwähler:innen, die in den 1960er und 1970er Jahren geboren wurden, haben wir spätestens 2016 zu großen Teilen verloren. Die einstigen Erfolge haben uns jedoch gleichzeitig davon abgehalten, uns in ausreichendem Maße zu modernisieren. Die Landtagswahl hat uns gezeigt, mit alten Rezepten gewinnen wir keine Wahlen. Die gegen stärkeren innerparteilichen Widerstand geführte Kampagne „Nehmt den Wessis das Kommando“ ist in diesem Sinne als Fehler zu benennen. Hier ist Horst Kahrs vollkommen zuzustimmen, dass die „Deutung der sozialen Verteilungs- und Anerkennungskonflikte als ein Konflikt zwischen ‚Wessis‘ und ‚Ossis‘ [...] noch geeignet sein [mag], ältere Stammwähler und -wählerinnen zu halten.“ Für die meisten Wähler:innengruppen ist diese Deutung jedoch nicht mehr wahlentscheidend. Die weiterhin existierende soziale Ungleichheit zwischen West- und Ostdeutschland muss natürlich auch in Zukunft von uns thematisiert werden. Bei der Frage nach Lohngleichheit, Rentenniveau etc. handelt es sich jedoch um moderne soziale Klassenkonflikte, die nicht in der Losung Ossis vs. Wessis aufgeht.

ÄA 1.6.: Zeile 295-297 ersetzen durch:

Die Annahme einer Zuspitzung des Wahlkampfes auf die Personen Haseloff vs. Von Angern war von Anfang an eine Fehlannahme. Das vermeintliche Kopf- an Kopffrennen zwischen der CDU und AfD gegen Ende des Wahlkampfes hat uns als Partei endgültig in den Schatten gestellt.

Begründung: Es gab auch zu Beginn des Wahlkampfes keine empirische Grundlage, die darauf hindeutete, dass die Zuspitzung zwischen Eva und Haseloff ein realistisches Szenario ist. Dafür war der Abstand in den Umfragen seit geraumer Zeit viel zu groß und Eva zu unbekannt.

ÄA 1.7.: Zeile 300-307 streichen und Zeile 298-299 ersetzen durch:

Im Wahlkampf ist es uns nur in unzureichendem Maße gelungen, unsere auf dem Landesparteitag in Plötzky beschlossenen Kernthemen öffentlich zu setzen.

Begründung: Wir sind im Landtagswahlkampf mit unseren Botschaften nicht ausreichend durchgedrungen. Nur das Plakat „Nehmt den Wessis das Kommando“ hat Aufmerksamkeit erzielt, aber zu keiner wirklichen inhaltlichen Debatte über soziale Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland geführt. Es ist außerdem völlig unrealistisch, dass man 8 große Themenbereiche, wie im Leitantrag beschrieben, im Wahlkampf setzen könnte. Ein guter Wahlkampf konzentriert sich auf maximal zwei Hauptforderungen, die dann mantrahaft monatelang in der Öffentlichkeit wiederholt und nach vorne gestellt werden.

ÄA 1.8: Zeile 309-344 streichen.

Begründung: siehe ÄA5.

ÄA 1.9.: Zeile 395-397 ersetzen durch:

Im Nachhinein muss die Entscheidung eines personalisierten Wahlkampfes kritisch gesehen werden. Das lag nicht an der Person Eva von Angern, sondern an den Rahmenbedingungen. Die Zeit war knapp und Eva im Land weitgehend unbekannt. Es war schlicht nicht möglich,

eine eigene Kandidatin gegen einen sehr beliebten und bekannten Ministerpräsidenten Haseloff erfolgreich aufzubauen. Nach wie vor wird Die LINKE hauptsächlich aufgrund ihrer Inhalte gewählt, wie 61 Prozent unserer Wähler:innen angaben. Vor diesem Hintergrund wäre ein stärkerer Fokus auf wenige zentrale Forderungen richtig gewesen. Das ist zugleich kein Argument gegen den langfristigen Aufbau von Kandidierenden. Angesichts niedriger Wahlergebnisse wird die Strategie eines personalisierten Wahlkampfes jedoch in Zukunft noch unrealistischer.

ÄA 1.10.: Zeile 533-541 ersetzen durch:

Das derzeitige Verhältnis von Partei und Jugendverband in Sachsen-Anhalt ist deutlich verbesserungswürdig. Eine Partei lebt von einem aktiven und kritischen Jugendverband, der andere und jüngere Zielgruppen anspricht als es die Partei tut und tun kann. Die Linksjugend Solid ist ein wichtiger Teil des Landesverbandes. Wir wollen den konstruktiven Austausch und die Zusammenarbeit wieder stärken. Um der Bedeutung des Jugendverbandes und der politischen Beteiligung der Jugend Rechnung zu tragen, wird in Zukunft bei Wahlen ein/e von Solid bestimmte/r Jugendkandidat:in einen Listenplatz auf den vorderen 10 Plätzen erhalten.

Änderungsantrag 2 zum Leitantrag

Antragsteller:in: Landesvorstand, 1. November 2021

Ersetzungsantrag zum Leitantrag:

Streichen und Ersetzen der Zeilen 17 – 66, Streichung Zeilen 104-108 (wegen Dopplung im Ersetzungsantrag)

Unser Wahlergebnis zur Bundestagswahl ist nicht nur ein Weckruf, sondern auch ein Auftrag. In Sachsen-Anhalt erhielt DIE LINKE lediglich 9,6 Prozent der Zweitstimmen. Das schlechteste Ergebnis der letzten 31 Jahre, wie in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt.

Wähler:innen, die uns 2017 den Rücken zugekehrt hatten, konnten wenn überhaupt nur unzureichend zurückgewonnen werden, zusätzlich verloren wir an GRÜNE und SPD über 1 Million Stimmen. Es ist ein Alarmsignal für uns, dass 370.000 Wähler:innen, die uns bei der letzten Bundestagswahl noch ihre Stimme gaben ins Nichtwähler:innenlager abgewandert sind.

Mit dem Gewinn von drei Direktmandaten ist momentan das parlamentarische Überleben als Fraktion im Bundestag gesichert. Und mit der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern schöpfen wir alle Hoffnung.

Ja, es hätte also noch schlimmer kommen können, aber das sollte kein Grund zur Entwarnung sein. Dennoch: Dank an Gesine Löttsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann. Und natürlich danken wir auch und gerade angesichts der Niederlagen allen unseren Wähler:innen, Unterstützer:innen und Wahlkämpfer:innen. Alle wussten, dass sie gegen den Strom schwimmen mussten. Viel Erfolg wünschen wir unseren Genoss:innen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für die anstehenden Verhandlungen und für die Regierungstätigkeit eine glückliche Hand.

„Man hat uns schon öfter für tot erklärt, aber wir leben noch.“ Dies haben wir auch den leidenschaftlichen Wahlkämpfer:innen in Bernburg und im Salzlandkreis zu verdanken. Allen voran Silvia Ristow, die mit ihrer jahrelangen bodenständigen, zuverlässigen und nahbaren Arbeit für sich geworben und damit das Oberbürgermeisteramt in Bernburg errungen hat. Wir gratulieren ihr dazu von ganzem Herzen.

Dennoch soll dieser tolle Erfolg nicht den Blick verstellen, vor der eigenen Haustür zu kehren und nach den Ursachen zu suchen, die tiefer liegen als im Wahlkampf der letzten Wochen.

Die Suche nach Ursachen und Antworten

Zu den Gründen dieser Niederlage ist viel zu sagen und die Analyse ist mit diesem Landesparteitag bei Weitem nicht abgeschlossen. Die Partei steht vor einem Umbruch, dessen Weg in den nächsten Jahren begleitet und geebnet werden muss. Lasst uns gemeinsam über die Gründe, aber vor allem über die Schlussfolgerungen und die anstehenden Aufgaben für unseren Landesverband diskutieren. Bei den Ursachen lassen sich auf der Bundes- und Landesebene Parallelen erkennen, aber eben auch Unterschiede. Da wir, der Landesvorstand die Stellschrauben, die wir beeinflussen können, vor allem auf der Landesebene sehen, soll die Auswertung der Landtagswahl auch mehr Raum einnehmen, als die der Bundestagswahl.

Auswertung Bundestagswahl

Andauernde inhaltliche Unentschiedenheit (die Enthaltungs- oder Remis-Partei).

In vielen Fällen, aber vor allem wichtigen strategischen Entscheidungen wurde der Kompromiss in der Bundespartei und der Bundestagsfraktion über den Kampf um gesellschaftlichen Einfluss gestellt. Die Unentschiedenheit in wichtigen inhaltlichen und strategischen Fragen auch in Form von Formelkompromissen führte immer wieder dazu, dass Entscheidungen der Partei in der Öffentlichkeit in Frage gestellt wurden. Die Folge waren nicht nur unklare Botschaften an die Wähler:innen, beispielsweise bei der Europapolitik, der Außenpolitik oder wen DIE LINKE überhaupt ansprechen möchte, sondern vor allem auch ein Verlust von Vertrauen und Gebrauchswert.

Horst Kahrs macht dies in seinem Wahnachtbericht zur Bundestagswahl vor allem am destruktiven Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion zum Afghanistan-Mandat fest: „Die Signalwirkung reichte noch weiter: Musste sich nicht die Krankenpflegerin, der die Linke höheres Gehalt versprach, die Frage stellen, ob dieses Anliegen im Zweifel nicht auch der innerparteilichen Identitätspolitik geopfert werden würde? Das offensive Werben für eine Regierungsbeteiligung mit dem Argument, dass die Menschen, die die Linke vertreten will, die Verbesserungen »jetzt« brauchen und nicht erst in weiter Ferne nach einem Systemwechsel, wurde ordentlich untergraben.“¹

Das Problem liegt jedoch tiefer als das Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion. Zu lange haben wir es alle miteinander in der Partei versäumt, strittige Diskussionspunkte nach vorne aufzulösen und letztendlich zu entscheiden.

Auch vor dem Hintergrund, dass DIE LINKE zurecht im Wahlkampf deutlich machte, dass sie zum Mitregieren zur Verantwortungsübernahme bereit wäre, so mussten doch diese Unentschiedenheiten das Vertrauen in die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme und Politikgestaltung untergraben.

„Es fehlt aber in“ [sic!] „einem strategischen Zentrum, welches die tonangebenden Parteiaktiven hinter einer Strategie versammeln könnte, um überhaupt in die Lage zu kommen, über einen längeren Zeitraum die Wähler und Wählerinnen davon zu überzeugen, den programmatischen Signalen Glaubwürdigkeit beizumessen. Diese Aufgabe wird die Parteiführung in den kommenden zwei Jahren bewältigen müssen (...)“² Wir, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, werden uns dazu einbringen.

Zurschaustellung innerparteilicher Konflikte, besonders der Konflikt um/mit Sahra Wagenknecht

Kulturvoller Streit um die beste Strategie, um Inhalte oder auch wie sie verpackt werden sollten, so dass sie Wähler:innen ansprechen, bereichert eine Partei. Öffentlich ausgetragener Streit um Grundsatzpositionen und Posten und sich gegenseitig diffamierende Unterstellungen schaden einer Partei und ihrer Glaubwürdigkeit. Der Konflikt um und mit Sahra Wagenknecht steht dafür exemplarisch. Kaum ein Info-Stand fand ohne die Kritik statt: „wie ihr mit Sahra Wagenknecht umgeht“. Auf der anderen Seite fühlten sich Mitglieder, Verbündete und potentielle Wähler:innen durch die permanente Anheizung der Konflikte durch Sahra selbst und ihr Buch abgestoßen. Die Kritik an der eigenen Partei als auch den Ausschlussantrag hat ganz Deutschland registriert und es hat uns im Wahlkampf geschadet.

¹ Horst Kahrs: „Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 WAHLNACHTBERICHT, ERSTE DEUTUNGEN UND HINTERGRÜNDE DES WAHLVERHALTENS“, vom 27.09.21 <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2021/09/WNB-BTW21.pdf>

² Ebd.

Erschwerende Rahmenbedingungen

Äußere Faktoren wie etwa das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU, aber auch die stärkere Ausrichtung vieler Wähler:innen strategisch zu wählen, das Gefühl dabei wäre eine Stimme für DIE LINKE vielleicht eine verlorene Stimme in diesem Wettlauf, war für uns zusätzlicher Treibsand. Und auch wenn Armin Laschet der laue, aber ausreichende Wind unter den Flügeln der SPD war, so konnten wir als sozialistische Alternative nicht deutlich machen, warum das Kreuz bei uns besser als bei der SPD aufgehoben wäre.

Der Führungswechsel an der Spitze der Partei als auch die dann folgende Nominierung der Spitzenkandidat:innen erfolgte auch für ein wirkungsvolles Aufbruchssignal zu spät. Es versandete zu schnell nach dem Bundesparteitag.

Strategische Ausrichtung in Ostdeutschland

Die Uneinigkeit bei den strategischen Ausrichtungen führte auch zu Uneinigkeit bei der Ansprache von Zielgruppen sowohl in der Wähler:innen- als auch Mitgliedschaft. Die schwierige Herausforderung, sowohl progressive vor allem im urbanen Raum verortete junge Menschen als auch Stammwähler:innen, ältere Menschen im ländlichen Raum anzusprechen, haben wir nicht bewältigt.

Hinzu kommt, dass Ost-Interessen nur noch verschämt artikuliert wurden. Gerade in Ostdeutschland stehen wir vor einer besonderen Herausforderung uns gemeinsam neu zu erfinden und dennoch auch die Wurzeln, die Erfahrungen der Nachwendezeit, der Krisenzeiten in den 2000er Jahren produktiv einzubinden. Wir sollten unser Image als ostdeutsche Kümmererpartei nicht für tot erklären. Es wird unsere Aufgabe sein, zu klären, wie wir dies in der heutigen Zeit wiederbeleben und neu ausgestalten können.

Die Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer anstatt kleiner. Diese Entwicklung hat sich weiter verfestigt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird auch weiterhin für die Menschen kämpfen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir werden auch künftig eine mahnende Stimme gegen soziale Ungerechtigkeit, Armut und Ausgrenzung sein, wie auch für eine Trendwende in der Klimapolitik, die nicht sozial ausgrenzt und die Folgen des Klimawandels für Menschen in den Blick nimmt.

Ja, wir müssen uns auch verändern. Nach einem solchen Wahlergebnis, das sich in eine Folge von Niederlagen einreihet, müssen wir offen darüber diskutieren, wie wir uns auch in Zukunft strategisch aufstellen, mehr Menschen von unseren Zielen überzeugen können, mit uns unzufriedene Wähler:innen zurückgewinnen können und nicht nur neue Mitstreiter:innen, sondern vor allem auch Wähler:innen gewinnen können. Sowohl auf Bundes- als auch Landesebene brauchen wir ein mehr an Miteinander, statt Nebeneinander.

Änderungsanträge 3.1. bis 3.8. zum Leitantrag

Antragsteller: Klaus-Peter Schuckies (Kreisverband Altmarkkreis Salzwedel),
08.11.2021

Änderungsanträge zum Leitantrag Version 8.10.2021

ÄA 3.1.: Zeile 13 ersetzen durch: Auf, auf zum Kampf!

Begründung: Aufruf an die eigene Basis und ein Signal an die Öffentlichkeit, DIE LINKE wird nicht aufgeben, sich für ein besseres und gerechteres Deutschland für alle einzusetzen.

ÄA 3.2.: Zeile 47 einfügen: Die Entscheidung von **Bundsvorstand** und ...

Begründung: Die mehrheitliche Empfehlung zum Abstimmungsverhalten der BT-Fraktion zur Enthaltung zum Afghanistan-Abzug und der Evakuierung kam vom Bundsvorstand.

ÄA 3.3.: Zeile 76 hinzufügen: und war eine Fehleinschätzung

Begründung: Es fehlte eine sachdienliche Ergebnisanalyse der Europawahl, die man sich ersparte zwischen EU-Wahl und LT-Wahl, was ein Fehler war.

ÄA 3.4.: Zeile 60 streichen

Begründung: Eine öffentliche Kritik zur jetzigen Zeit ist verfrüht (100 Tage Frist und politische Faustregel).

ÄA 3.5.: Zeilen 359 – 360 streichen

Begründung: hat keine Relevanz und Aussagekraft (irreführend)

ÄA 3.6.: Zeile 375 streichen: ... muss man **zumindest**

Begründung: Klingt nach dem Versuch einer Relativierung der harten Wirklichkeit.

ÄA 3.7.: Zeile 382 streichen: ... angriffslustigen

Begründung: Eva von Angern wirkte eher zögerlich und sollte zukünftig auch emotionaler auftreten, das gehört zur Sachkompetenz dazu.

ÄA 3.8.: Zeile 386 streichen ... können als **sehr** gelungen ...

Begründung: Das Wort sehr bedeutet, alles war dann ohne Fehl und Tadel, was es ja nicht war. Sich zu verbessern geht immer und zu jeder Zeit.

Kandidaturen

Stand: 9. November 2021

Landesvorsitzende:r:

Stefan Gebhardt Mansfeld-Südharz

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Janina Böttger Halle (Saale)

Andreas Henke Harz
Felix Schopf Salzlandkreis
Alexander Sorge Saalekreis

Landesgeschäftsführer:in:

Sabine Krems-Jany Saalekreis
Stefanie Mackies Halle (Saale)

Landesschatzmeister:in:

Hans-Joachim Bittrich Jerichower Land

Landesvorstand:

Rebekka Grotjohann Linksjugend/Magdeburg
Jennifer Lemke Magdeburg
Judith Linde-Kleiner Börde
Stefanie Mackies Halle (Saale)
Louise Müller Magdeburg

Florian Fandrich Saalekreis
Daniel Feuerberg Mansfeld-Südharz
Dr. Karsten Lippmann Harz
Raik Ohlmeyer Altmarkkreis Salzwedel
André Richter Anhalt-Bitterfeld
Elias Zarrad Wittenberg/Linksjugend

Mitglieder im Bundesausschuss:

John Lucas Dittrich Magdeburg

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss:

Landesschiedskommission:

Landesfinanzrevisionskommission:

Stefan Gebhardt

DIE LINKE steht vor großen Aufgaben. Im Bund hat die „Ampel“ ihren Frieden mit den Reichen und Superreichen gemacht. Umverteilung ist abgesagt, dagegen die Zerschlagung der Bahn angesagt, Corona findet offiziell nicht mehr statt. Im Landesparlament von Sachsen-Anhalt probte die CDU bereits zur MP-Wahl den Aufstand gegen den eigenen Kandidaten. Das Bollwerk nach Rechts ist in Wirklichkeit eine Brücke.

Soziale Opposition ist so nötig wie nie! DIE LINKE ist angetreten mit einem entschlossenen Konzept, welches das Klima schützt, ohne den Armen die Kosten dafür aufzubürden. Wir wollen eine Rente, die Würde und Alter zusammendenkt, wir wollen endlich die Lohnmauer zwischen Ost und West einreißen. Gesundheit und Pflege sollen den Menschen und nicht den Profiten dienen. Solidarität ist unteilbar. Demokratie braucht das Versprechen auf Gleichberechtigung und Teilhabe und ein Leben ohne Angst.

Wir stellen uns den Problemen von Mehrheiten in diesem Land. Und müssen solche auch wieder gewinnen. In Ost und West. Als Wähler:innen, als Mitglieder, als Bündnispartner:innen. In Ostdeutschland haben wir uns zu oft als Regierung im Wartestand verstanden, im Bund verlieren wir mit Prinzipienhärte wie bei der Abstimmung zu Afghanistan an Vertrauen in der Frage, für wen wir eigentlich Politik machen. Die Wahlen zum Landtag und zum Bundestag haben gezeigt, mit unseren Positionen gewinnen und verlieren wir gemeinsam.

Die Selbstbeschäftigung mit Formelkompromissen muss beendet werden. Die Zeit der Selbstreflexion beginnt hingegen gerade. Die Landesverbände müssen wieder stärker bundespolitische Debatten führen, der Bund die Entwicklungen in den Ländern kritischer begleiten. Wir haben enormes Wissen, unterschiedliche Zugänge und Kompetenzen in der LINKEN. Diese besser zusammenzuführen, diese strömungsübergreifend anzuerkennen und Grundsatz-Konflikte auszutragen, ohne Personen zu beschädigen, sind die anstehenden internen Aufgaben. DIE LINKE ist ein sozialer Ort, gerade auch für diejenigen, die zu den Bedrängten dieser Gesellschaft und im globalen Wettbewerb gehören. Diese Verantwortung bedeutet auch, verantwortungsvoll in der Partei miteinander umzugehen.

In den letzten Wochen war ich im Gespräch mit vielen Genoss:innen in den Kreisen, bei den Regionalkonferenzen, im Landesausschuss und im Landesvorstand. Die gesamte Partei sucht sowohl nach Aufbrüchen als auch nach Verankerungen. Sich neu erfinden heißt eben auch, zu wissen, was man schon ist.

Ich kandidiere in dieser Situation wieder als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Nach zwei Jahren ist es nicht an der Zeit, aus der Verantwortung zu gehen. Erneuerung braucht auch einen stabilen Ausgangspunkt. Meine Erfahrung und meine Kraft will ich im hier beschriebenen Sinne einbringen.

Ich bitte um Eure Unterstützung auf dem Landesparteitag in Leuna und auf unserem gemeinsamen Weg als Landesverband.

Bewerbung als Stellvertretende Landesvorsitzende

Janina Böttger

Persönliche Angaben:

- Verheiratet, 2 Kinder (7 und 11 Jahre)
- Referentin der Landtagsfraktion für Wirtschaft, Digitalisierung und Europapolitik
- Europäische Diplom Verwaltungsmanagerin
- Seit 2017 Stellvertretende Landesvorsitzende
- Seit 2019 im Stadtvorstand Halle



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kandidiere erneut als Stellvertretende Landesvorsitzende.

Die letzten vier Jahre als Stellvertretende Landesvorsitzende waren für mich enorm wertvoll und bereichernd, trotz vieler Schwierigkeiten und enttäuschender Wahlergebnisse. Diese Partei ist mir noch mehr ans Herz gewachsen als vorher schon und mit ihr die vielen Genossinnen und Genossen, die diese Partei vor allem hier in Sachsen-Anhalt prägen und mitgestalten. Umso bitterer sind die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl. Die strukturellen Folgen, die damit einhergehen, sind umfassend. Es wird für viele Genossinnen und Genossen noch schwerer werden, organisatorisch das auf die Beine zu stellen, was sie eigentlich gern möchten und brauchen die Unterstützung der Landesebene.

Aber mit den Wahlergebnissen geht vor allem auch eine Orientierungslosigkeit einher: Was haben wir falsch gemacht und wie können wir

wieder zu alter bzw. neuer Stärke zurückfinden? Die nächsten Wochen und Monate werden von diesen Fragen geprägt sein. Es braucht einen Diskussionsprozess, wie wir uns in Zukunft strategisch aufstellen wollen, wie wir als Partei die gesellschaftspolitische Debatte vorantreiben können, anstatt ihr hinterherzulaufen.

Momentan fehlt uns die Zuschreibung und das Vertrauen mit der Stimme für DIE LINKE tatsächlich etwas (positiv) zu verändern oder beeinflussen zu können. Ich möchte daran mitwirken, dass wir wieder eine positive Erzählung und konkrete Projekte für uns finden. Ich bin von ganzem Herzen davon überzeugt, dass es eine linke, sozialistische, solidarische Partei braucht und ich möchte mit euch gemeinsam dafür kämpfen, dass wir wieder stärker werden.

Für die nächsten 2 Jahre sehe ich vier große Aufgabenfelder für den Landesvorstand:

1. Mitglieder- und Parteientwicklung – damit meine ich nicht nur die notwendige Gewinnung von Neumitgliedern und die Unterstützung der Kreise dabei, sondern auch die Unterstützung bei der Mitgliederpflege. Wir sollten uns auch um die Mitglieder kümmern, die seit Jahren an unserer Seite sind und sie aktiv einbinden in inhaltliche oder organisatorische Parteiarbeit.
2. Strategische Neuausrichtung – Gestaltung und Organisation des notwendigen Diskussionsprozesses

über strategische Ausrichtung und neue Formen der Beteiligung (Regionalkonferenzen, Workshops, Werkstätten, neue Formate entwickeln)

3. Vorbereitung der Kommunalwahlen und aktive, solidarische Unterstützung der Kreise, Städte und Ortschaften bei der Kandidat:innengewinnung
4. Verbesserung der Kommunikation zwischen allen Ebenen – es braucht nicht nur eine bessere Kommunikation zwischen allen Ebenen der Partei, sondern auch eine neue Kultur des Miteinanders. Ich stehe für eine Kommunikation auf Augenhöhe, möchte für alle ansprechbar sein und Brücken bauen. Das war in der Vergangenheit mein Motto und ich denke, dass es gerade auch jetzt notwendig ist.

Wir müssen die kommende Zeit dringend nutzen, um die vor uns liegenden organisatorischen und strategischen Herausforderungen mutig und aktiv anzugehen. In jeder Niederlage liegt auch eine Chance. Dazu muss man aber auch bereit sein, Dinge zu hinterfragen, einen Perspektivwechsel vorzunehmen, Zuzuhören und alte Gewohnheiten und Gewissheiten zu überdenken, aber auch Entscheidungen in der Sache zu treffen. Eine Genossin schrieb mir vor ein paar Wochen: „Jede:r selbst muss wissen, ob er oder sie für einen Wandel stehen kann und bereit ist auch neue Wege zu finden.“ Und ich kann sagen, ich bin bereit dafür. Jetzt ist nicht der Zeitpunkt in Stagnation zu verfallen, in einem Weiter-So herumzudümpeln, sondern mit Herzblut zu kämpfen. Dafür stehe ich bereit.

Andreas Henke

Liebe Genossinnen und Genossen des Landesverbandes, hiermit möchte ich meine Absicht anzeigen, zum bevorstehenden Landesparteitag für die Funktion „Stellvertreter der/des Landesvorsitzenden“ zu kandidieren.

Unsere Partei ist mit vielen Genossinnen und Genossen in den kommunalpolitischen Gremien - Ortschafts- Gemeinde- und Stadträte wie auch Kreistagen - verankert.

In mehr als drei Jahrzehnten haben wir uns mit einem soliden verlässlichen Engagement auf der lokalen Ebene, mit einer Interessenvertretung für die Menschen, ihren Erwartungen und Wünschen, eine entsprechende Wertschätzung erarbeitet. Nicht zuletzt dadurch war es in der Vergangenheit gelungen, Ortsbürgermeister, Bürger-/Oberbürgermeister und selbst Landräte mit dem Parteibuch der LINKEN zu stellen.

So darf ich selbst nicht nur auf mittlerweile 31 Jahre aktive Kommunalpolitik zurückblicken, sondern auch auf eine sehr prägende 14-jährige Amtszeit als Oberbürgermeister in Halberstadt.

Ich denke, dass es unabdingbar ist, auch künftig unsere politischen Angebote an der Lebenswirklichkeit der Menschen und ihren Bedürfnissen in den Städten und Dörfern auszurichten und mit unseren Positionen zu verknüpfen. Mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen für Bürger-/Oberbürgermeister und Landräte sowie ganz besonders zu den Kommunalwahlen in 2024 möchte ich meine Erfahrungen in den Dienst unseres Landesverbandes und Landesvorstandes stellen und deshalb als Stellvertreter der/des Landesvorsitzenden kandidieren.

Mit herzlichen Grüßen
Andreas Henke

Magdeburg, 08. November 2021

Bewerbung zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Linkspartei Sachsen-Anhalt

Liebe Genoss*innen,

hiermit möchte ich meine Kandidatur zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Partei Die LINKE. zum Landesparteitag am 21./22. November 2021 verkünden.

Zu meiner Person: Mein Name ist Felix Schopf, ich bin 18 Jahre alt und Abiturient. Seit April 2021 bin ich Parteimitglied und habe aktiv den Wahlkampf zur Land- und Bundestagswahl unterstützt. Parallel zur Schule absolviere ich bei der Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ein Praktikum, um vielfältige Einblicke in die Aufgabenbereiche der Arbeit der Fraktion und in Landespolitik zu erhalten.



Felix Schopf (privat)

In meiner Freizeit engagiere ich mich intensiv auf der örtlichen, Kommunal-, Landes- und Bundesebene in der Schüler*innenvertretung und habe seit zwei Jahren das Amt des Vorsitzenden des Landeschüler*innenrates Sachsen-Anhalt inne. Parallel dazu habe ich mich viele Jahre ehrenamtlich im Heimatverein meines ehemaligen Wohnortes engagiert.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie die Stimmen der jungen Menschen, der Kinder und Jugendlichen vergessen wurden. Ich möchte mit meinem jungen, engagierten und zukunftsbedachten Blick die Arbeit des Landesvorstandes bereichern und helfen, diejenigen zu hören, welche derzeit am leisesten sind, Kinder und Jugendliche und denen eine Stimme verpassen. Durch mein großes Netzwerk im Land möchte ich so viele und verschiedene Meinungen zusammentragen und vertreten und im gemeinsame Diskurs nach Lösungen suchen.

Das politische Engagement bedeutet für mich, Menschen, die es nicht können, eine Stimme zu geben und für eine partizipativere Gesellschaft zu kämpfen.

Mit solidarischen Grüßen



Felix Schopf

8. November 2021

Kandidatur als stellvertretender Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.
Alexander Sorge, Kreisverband Saalekreis



Isch kandidiere!

Mit meiner Kandidatur möchte ich das Angebot unterbreiten, uns, unserer Partei zu helfen, inhaltlich klarer und fokussierter zu werden, Widersprüchen nicht auszuweichen, sondern sie aufzulösen, Fehler klar zu benennen und nicht(s) zu beschönigen. Die Kreis- und Stadtverbände stärker noch als in der Vergangenheit, an Entscheidungen teilhaben zu lassen und damit transparenter und letztlich geschlossener zu werden. Wir werden über interne und externe Kommunikation beraten müssen. Wir werden über die Arbeitsfähigkeit der Strukturen vor Ort in den Kreisen sprechen müssen. Wir werden zu einem neuen Miteinander finden müssen.

Diejenigen, die mich bereits besser kennen oder mit denen ich in der Vergangenheit bereits politisch gearbeitet habe, teilen vielleicht einen Teil meiner Begründung: Es ist bekannt, dass ich nicht mit jeder Entscheidung in der Vergangenheit einverstanden war. Daran hat sich nichts geändert.

Es ist derzeit keine strategische (Neu)Ausrichtung erkennbar. Die vorliegenden Wahlanalysen scheinen mehr ver- als aufdecken zu wollen – oder zu können. Ein Signal des Aufbruchs, ein Signal des Zusammenhalts, ein Signal für die Bereitschaft, im solidarischen Miteinander, notwendige Veränderungen anzugehen, fehlt. Das letzte Jahr war für uns alle eine enorme Herausforderung und am Ende eine ebenso große Enttäuschung. Dies gilt es gemeinsam aufzuarbeiten und dafür trete ich an. Das Potenzial in unserem Landesverband ist groß, nur müssen wir es auch bergen. Dass uns dies gelingen kann, davon bin ich überzeugt. Lasst uns ehrlich und mutig Fehler aufarbeiten und mit neuer Kraft und Zuversicht in die politischen Auseinandersetzungen einsteigen. Wir werden gebraucht!

Über Eure Unterstützung würde ich mich freuen. Mein Angebot steht. Am Ende geht es nur gemeinsam.

Alexander Sorge

- 44 Jahre alt, verheiratet, 3 Kinder
- Mitarbeiter für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der Landesgeschäftsstelle
- Mitglied im Kreistag Saalekreis, Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses
- Mitglied im Stadtrat Bad Lauchstädt, Fraktionsvorsitzender
- Mitglied im Ortschaftsrat Klobikau
- Langjähriger Kreisvorsitzender im Saalekreis

- Mitglied in der Gewerkschaft ver.di
- Mitglied und Unterstützer zahlreicher Vereine: ProAsyl, Ärzte ohne Grenzen, Komplize im Zentrum für politische Schönheit, Blätter Gesellschaft (Blätter für deutsche und internationale Politik), Freundeskreis des Goethe-Theaters und weiteren Vereinen im Bereich Kultur und Denkmalschutz.

Kandidatur als Landesgeschäftsführerin



Sabine Krems-Jany

- Baujahr 1981
- KV Saalekreis
- 2007 bis 2014 Wahlkreismitarbeiterin
- 2015 bis 2019 Regionalmitarbeiterin DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- Seit 2019 Landesgeschäftsführerin DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
- von 2011 bis 2013 Mitglied im Stadtrat Merseburg
- seit 2014 Mitglied im Stadtrat Bad Dürrenberg, Fraktionsvorsitzende
- seit 2020 stellvertretende Stadtratsvorsitzende
- Mitglied im Ordnungs- und Sozialausschuss, Hauptausschuss und Arbeitsgemeinschaft der Städte Leuna und Bad Dürrenberg
- Engagiert im „The social surf club“
- Mitglied in verschiedenen Sportvereinen und Organisationen
-

Sich nicht aus dem Staub machen

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl haben uns schwer getroffen und es geht uns alle an. Es geht um uns, wie wir miteinander umgehen und es geht um unseren Gebrauchswert. Als Linke stehen wir gemeinsam auf dem Prüfstand der Gesellschaft. Es ist eine Gradwanderung zwischen dem Ruf nach komplettem Umbruch und dem nicht auseinanderbrechen.

Ich möchte als Landesgeschäftsführerin mit euch gemeinsam Mittel und Wege finden, uns wieder anzunähern, uns zuzuhören und neue Wege finden, um die politische Arbeit zu beleben, unvoreingenommen, respektvoll und orientiert an den Bedürfnissen und den gemeinsamen Zielen. Ich möchte mich aber auch für mehr Kontinuität für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle einsetzen. Sie alle leisten so viel für den Landesverband, über die regionalen Verantwortlichkeiten und ihre Arbeitszeit hinaus. Das verdient mehr, als einen Applaus am Rande einer Vertreter:innenversammlung oder eines Parteitages.

Zurückblickend auf die intensive und rastlose Zeit der letzten Monate, aber auch der Jahre zuvor, habe ich so viel von dem kennengelernt, was uns gemeinsam ausmacht, in guten, wie

in schlechten Zeiten. Ich möchte all meine Kraft dafür einsetzen, um uns wieder zusammen zu bringen und Kräfte von der Basis bis in die Parteispitze zu bündeln.

Wir können ein GEMEINSAM nicht auf die lange Bank schieben, schon in wenigen Monaten stehen wir in Sachsen-Anhalt vor Landrats- und Bürgermeisterwahlen. Wahlen, bei denen wir gemeinsam um unser kommunales Fundament und die damit verbundenen Verankerung kämpfen müssen.

Mit Blick auf 2024 heißt es in den Stadt- und Kreisverbänden wieder Menschen für linke Politik und soziale Gerechtigkeit zu begeistern, Kandidaten und Kandidatinnen aufzubauen, sie zu stärken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben. Wir müssen uns Zeit für den anderen nehmen, uns zuhören und mit Respekt begegnen. Es geht nicht um „die da oben“, „die da drüben“ oder „die da unten“. Es geht um uns und das, was uns vereint. Eine Partei, die begeistert, die vielfältig ist und die Spaß macht. Eine Partei, die endlich wieder Wahlen gewinnt.

Bewerbung um die Position zur Landesgeschäftsführerin



Name	Stefanie Mackies
Wohnort	Halle / Saale
Kontakt	stefanie.mackies@web.de
Geboren	29.06.1988 in Halle
Beruf	Selbstständige Rechtsanwältin
Mitglied der Linke	Seit 2018

Liebe Genoss*innen,

die Lage ist ernst. Unsere Partei befindet sich an einem existenziellen Wendepunkt und das Wahljahr 2021, so schlimm es auch war, war nur das letzte in einer Reihe von Niederlagen.

Die demografische Entwicklung nicht nur unserer Wählerschaft, sondern auch unserer Mitglieder können wir uns nicht schön reden. Was wir brauchen ist die Einleitung eines dringend notwendigen Neuanfangs, eines Aufbruchs, der alle mitnimmt. Denn schließlich geht es hier um die Zukunft unserer Partei.

Bei der Auswertung der letzten Wahlen kommen fast alle von uns zu dem Schluss, dass wir wieder näher an die Menschen ran müssen. Wir sollen uns breiter aufstellen und in der Mitte der Gesellschaft wahrnehmbar werden.

Aber sehr viele unserer Kreisverbände haben hierfür kaum Kapazitäten. Neben Mandaten in Kommunalparlamenten werden die sich häufenden Aufgaben auf immer weniger - zumeist ehrenamtliche - Schultern verteilt. Eine aktive Parteiarbeit ist dann natürlich kaum noch möglich.

Deshalb ist es überfällig, dass wir Mitgliedergewinnung und die Einbindung unserer Basis endlich voran stellen. In den letzten Jahren blieb dies auf der Strecke mit der Begründung, man müsse sich zunächst um den Wahlkampf kümmern.

Wahlkampf ist wichtig, keine Frage, aber wir können nur kämpfen, wenn wir viele sind und wenn wir zusammen für unser Ziel einer solidarischen Gesellschaft kämpfen. Und wann kommt man mit so vielen Menschen in Kontakt, wie im Wahlkampf. Wir dürfen nicht nur darauf vertrauen, dass Sympathisant*innen auf uns zu kommen. Wir müssen sie gezielt ansprechen bei gemeinsamen gewerkschaftlichen Kämpfen, im Kleingartenverein oder direkt an der Haustür.

In den letzten Jahren sind bereits einige neue Genoss*innen zu uns gestoßen. Die bringen Energie und frische Ideen mit. Man muss ihnen hierfür aber auch den Raum und die Möglichkeit geben, sich an unseren Parteiprozessen zu beteiligen, damit wir voneinander lernen können.

Bei regelmäßigen Regionalkonferenzen und kreisübergreifenden Basistreffen gilt es Zukunftsvisionen zu entwickeln und gemeinsame Kampagnen zu planen.

In einem solchen Rahmen finden dann auch Genoss*innen bei einem Bier oder Kaffee zusammen, deren Lebensrealitäten und Weltsichten kaum ferner voneinander sein könnten und finden gemeinsame Ziele.

Lernen ist ein weiterer essenzieller Faktor. Politische Bildung findet in den letzten Jahren auf Landesebene nicht statt. Dabei sind gerade Grundlagen der Politischen Bildung für neue Mitglieder eine wichtige Orientierung.

Was wir brauchen, ist ein Prozess für Zukunftsvisionen und wie wir diese umsetzen können und zwar nicht demnächst sondern jetzt!

Wir müssen dafür das Rad nicht neu erfinden und sollten uns von erfolgreicher Arbeit anderer linker Bewegungen inspirieren lassen.

Ein wichtiges Anliegen ist mir die Verbesserung des Verhältnisses zu unserem Jugendverband. Dieser Graben, der in den vergangenen Jahren entstanden ist, muss überbrückt werden.

Parteinachwuchs ist unsere einzige Hoffnung für die Zukunft und wir müssen hier endlich anfangen langfristig zu denken und nicht nur von einer Wahl zur nächsten.

Um für junge Menschen attraktiv zu sein, müssen wir über Repräsentation reden und darüber, wie Listenvorschläge vor Landtagswahlen zustande kommen.

Dabei dürfen selbstverständlich nicht die Interessen von „jung“ und „alt“ gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen uns gegenseitig. Progressivität ist keine Frage des Alters.

Solange wir uns weiterhin gegenseitig solidarisch und mit Respekt begegnen, gewinnen dabei alle Beteiligten und wir wachsen enger zusammen.

Ich bin 2018 in unsere Partei eingetreten und war auf kommunaler Ebene im Stadtverband Halle direkt integriert.

Als einzige „Anfängerin“ stieß ich im Mai 2019 zu unserer bestehenden Stadtratsfraktion und arbeite in den Ausschüssen für Bildung sowie Kultur und Vergabe.

Im Wahlkampf zur Kommunalwahl und im darauffolgenden Wahlkampf für unseren Oberbürgermeisterkandidaten Hendrik Lange half ich den Ortsverband Mitte, den jüngsten und auch aktivsten Ortsverband in Halle, mit aufzubauen und weiterzuentwickeln. Im Sprecher*innenkreis bin ich hier sehr eingebunden. Trotz Corona haben wir es mit vielen aktiven Genoss*innen geschafft enorm viele Unterschriften für das Volksbegehren gegen den Lehrermangel zu sammeln. In Zeiten des Lockdowns verlegten wir unseren regelmäßigen Stammtisch an den virtuellen Tresen auf Zoom und es gelang uns hierfür immer wieder interessante Gäste zB aus der Bundestagsfraktion für Gesprächsrunden zu gewinnen. Das Parteileben blieb erhalten und wir konnten sogar dank dieser Formate neue Mitglieder gewinnen.

Sei es die Etablierung von Haustürgesprächen im Landtags- als auch im Bundestagswahlkampf, die Initiierung einer aktivistischen Basisgruppe oder die Zusammenarbeit mit anderen Kreisverbänden, ich brenne für die Basisarbeit und probiere immer wieder neue Formate und Herangehensweisen aus.

Diese Energie und meine Ideen will ich auch auf Landesebene mit euch zusammen angehen und ich habe konkrete Vorschläge für ein lebendigeres Parteileben, die ich mit euch zusammen in den nächsten Jahren unbedingt umsetzen werde:

- *Wir brauchen Zukunftswerkstätten um neue progressive Ideen für unseren Landesverband gemeinsam zu erarbeiten. Regionalkonferenzen und kreisübergreifende Basistreffen müssen hierfür regelmäßig stattfinden. Unsere Parteiführung und die Fraktionen sollten hier in der Verantwortung sein sich zu beteiligen.*
- *Die Zusammenarbeit und Koordination von ländlichem Raum und urbanen Zentren durch gemeinsame Kampagnen (zB zum Ausbau des ÖPNV) soll verbessert werden.*
- *Gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreise möchte ich ein Konzept zu Mitgliedergewinnung und Aktivierung bestehender Mitglieder entwickeln.*
- *Regelmäßige Neumitgliedertreffen sollen wieder eingeführt werden.*
- *Zur Erarbeitung einer Kommunalwahlkampagne brauchen wir unter anderem eine stärkere Einbindung unseres Jugendverbandes.*
- *Politische Bildung stärken und Vermittlung von neuen Methoden der Wähleransprache, um auch neue Formen der Wähleransprache zu erproben und zu etablieren.*

Die existenzielle Situation, in der wir uns befinden, ist natürlich eine enorme Herausforderung aber sie bietet auch große Chancen für die Einleitung eines dringend notwendigen Generationenwechsels und einen Neuanfang, der alle mitnimmt. Gefragt sind jetzt neue Ideen und eine offene, transparente und verantwortungsvolle Herangehensweise.

Wir müssen endlich aufhören, den Niedergang zu verwalten und uns an das zu klammern, was wir noch haben, sondern mutig nach vorn blicken und die Chancen jetzt ergreifen und nutzen.

Der neue Landesvorstand muss diesen Wandel auch nach außen repräsentieren. Deshalb werbe ich um euer Vertrauen und eure Zustimmung mich beim Landesparteitag als neue Geschäftsführerin für den Landesverband der LINKEN Sachsen-Anhalt zu wählen.

Vorstellung zur Kandidatur als Mitglied des Parteivorstands

Zur Person:

Name, Vorname: Feuerberg, Daniel
PLZ/Ort: 06343 Mansfeld
Straße/Hausnummer: Feldstr. 2A
Telefon: 0151 50 60 46 65
Mail: daniel.feuerberg@t-online.de
Homepage: www.feuerberg.info
Geburtsdatum: 26.11.1986.
Geburtsort: Lutherstadt Eisleben
Familienstand: ledig
Kinder: kinderlos
Beruf: IT-Systemkaufmann
Kreisverband: Mansfeld-Südharz
Tätigkeit: Mitarbeiter im Vertrieb der Deutschen Telekom, freiberuflicher Berater u. Coach pol. Bildung
Ehrenämter: Vorstand des BSC 1930 Siebigerode, Gewerkschaftsfunktionär bei Ver.di, ehrenamtlicher Mitarbeiter des LandesSportBund Sachsen-Anhalt. Mitglied des Kongresspanels Amateurfußball beim Deutschen Fußballbund, Ortschaftsrat der Ortschaft Siebigerode, Beisitzer im Vorstand der RLS ST
Mitgliedschaft: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, BSC 1930 Siebigerode e.V., Heimat- und Kulturverein Siebigerode e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.



Politische Kurzbiografie:

Seit der Kommunalwahl 2019 bin ich Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Stadtrat Mansfeld, sowie Mitglied der Partei. 2021 kandidierte ich als Direktkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis 74 (MSH/SK). Bereits seit 2012 bin ich in der politischen Bildung mit den Schwerpunkten Extremismusprävention, sowie Förderung von Vielfalt und Teilhabe aktiv.

Zielsetzung für meine Tätigkeit im Landesvorstand:

Liebe Genoss:innen, das Wahljahr 2021 war geprägt von großer Ernüchterung. Die Ergebnisse in Land und Bund entsprachen nicht einmal ansatzweise unseren Ambitionen. Gleichzeitig lehren sie uns unglaublich schmerzhaft, wie dringend wir uns als Partei -vor allem auch programmatisch- erneuern müssen. Es ist an der Zeit ausgetretene Pfade zu verlassen und neue Wege einzuschlagen, ohne dabei jedoch unser Ziel aus den Augen zu verlieren und unsere Identität zurückzulassen. Getreu meinem Motto „verbessern, verändern, erneuern“ möchte mit dem neuen Landesvorstand und allen anderen Mitgliedern der Partei neue Wege gehen. Neben einem ergebnisoffenen Prozess der Veränderung, ist eine schonungslose und mitgliedernahe Aufarbeitung der Wahlergebnisse dafür unentbehrlich. Genauso erforderlich ist ein Perspektivwechsel im Hinblick auf unsere inhaltliche und programmatische Arbeit. Ich bin der festen Überzeugung, dass ich durch meine vergleichsweise kurze Mitgliedschaft in Lage sein werde, ausreichend neue Impulse und Sichtweisen einzubringen, um die notwendigen Veränderungen und die Erneuerung der Partei -natürlich mit der notwendigen Verbundenheit und dem erforderlichen Herzblut- effektiv voranzubringen. Neben meinem Engagement möchte ich allerdings auch meine Expertise für folgende Themenschwerpunkte in die Arbeit des zukünftigen Vorstands einbringen:

- Digitalisierung, IT, Datenschutz & digitale Infrastruktur
- Sport, Gesellschaft & Ehrenamt
- Betriebsrats- u. Gewerkschaftsarbeit
- politische Bildung
- gesellschaftliche und politische Teilhabe

Unser Land braucht eine neue LINKE und mein Wahlkampf-Slogan der Bundestagswahl gilt für mich dahingehend als ungebrochenes Versprechen. Darum lasst uns sozial, gerecht und vor allem entschlossen für die Linke Idee, ein neues Selbstverständnis und unsere Zukunft kämpfen. Vor allem für eine politische Zukunft, in der vorbei an der Linkspartei keine Politik zu machen sein wird. Weder kommunal, noch im Land, noch im Bund. Näheres zu mir, meiner politischen Vision und meinen Zielen findet ihr direkt über den QR-Code bei www.feuerberg.info.

